

Unverkäufliche Leseprobe des St. Benno-Verlages

benno

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© St. Benno-Verlag GmbH, Leipzig 2008

Volker Resing

Angela Merkel



Die Protestantin

EIN PORTRÄT

benno

Inhalt

Mit Zähigkeit und Energie <i>Lothar de Maizière</i>	6
Demut und Distanz – Die christliche Kanzlerin	9
Pfarrerstochter auf dem Bauernhof – Möhren und Alpenveilchen	29
Von der DDR zur BRD – Opposition und Kirsch-Whisky	47
Gott und die Politik – Was die kleinen Propheten sagen	59
Ihre Kirche – Beten und singen	124
Ihre Partei und das hohe „C“ – Bloß nicht schwadronieren	131
Nachwort	150
Anmerkungen	151
Zeittafel	153

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.


Besuchen Sie uns im Internet unter:
www.st-benno.de

ISBN 978-3-7462-2648-4

© St. Benno-Verlag GmbH
Stammerstr. 11, 04159 Leipzig
Umschlaggestaltung: Ulrike Vetter, Leipzig,
unter Verwendung eines Fotos von © picture-alliance/Sven Simon
Gesamtherstellung: Kontext, Lemsal (A)

Kirche und Staat äußerst skeptisch ist. Zumal die Kirche dann mit dem Glauben weniger zu tun hat als mit dem Interessenausgleich von Institutionen. Vielleicht auch deswegen spricht sie nicht über ihren Glauben im Zusammenhang mit dem Start in ihr politisches Engagement.

Gott und die Politik – Was die kleinen Propheten sagen



Als ihr Redenschreiber Ende 2005 die erste Neujahrsansprache der neuen Bundeskanzlerin vorbereiten musste, nahm er Vorbild beim konservativen Vorgänger Helmut Kohl. „Gott segne unser Vaterland“, schloss der langjährige Kanzler gerne seinen Vortrag zum Jahresbeginn, so übernahm es der Textchef und fügte es in das erste Manuskript der neuen CDU-Kanzlerin ein. „Nicht so dicke“, kommentierte daraufhin die Chefin in der Regierungszentrale den Entwurf. Proklamierte Frömmigkeit sei ihr zuwider, soll sie die Angelegenheit damals kommentiert haben. Doch der Segen fand dann noch Eingang in die Worte fürs Volk, eben etwas zurückgekommener, weniger pathetisch. „Ich wünsche Ihnen ein gutes, ein erfülltes und gesegnetes neues Jahr 2006“, beendete Angela Merkel an Silvester 2005 den traditionellen Fernsehauftritt vor Fahne und Blumenschmuck. Immerhin der Schnitt zur rot-grünen Kanzlerschaft war damit gezogen. Gerhard Schröder, auch Protestant und doch gewiss zum Glauben distanzierter, vermied solche Formeln tunlichst. Zu schnell könnten sie als aufgesetzt daherkommen.

Merkels Zurückhaltung im Ausdruck und Zeigen religiöser Bezüge sorgt auf Seiten der Kirchen und auch der engagierten Christen in ihrer Partei immer wieder für Irritationen. Die Politikerin treibt die Sorge um, ein allzu demonstrativ gezeigtes Bekenntnis könne falsch wirken, könne Dinge vermischen, die nicht zusammengehören. Doch viele Beobachter haben daraus den Schluss gezogen, mit dem Glauben sei es ihr wohl doch nicht so wichtig, er sei ihr keine Herzensangelegenheit.

Darüber abschließend zu urteilen, verbietet sich aus der Distanz, dennoch gibt es verschiedene Beispiele und Szenen, die einen anderen Blick auf ihre Frömmigkeit gewähren als den gemeinhin angenommenen. Auf die Frage, ob der Glaube in ihrem Leben eine wichtige Rolle spiele, sagt sie:

„Ja, er macht mich nachsichtiger gegenüber mir selbst und anderen, und er macht es möglich, unter der Verantwortung nicht zusammenzubrechen. Wenn ich Atheist wäre, würde es mir sehr viel schwerer fallen, die Verantwortung zu tragen. Der Glaube ist für mich in jedem Fall eine Erleichterung.“⁴⁴

Als sie am Dienstag, den 21. November 2005, als erste Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland vereidigt wurde, verwandte sie die religiöse Eidesformel „So wahr mir Gott helfe“. Schröder hatte darauf verzichtet. Die katholische Kirche kommentierte es prompt. „Das ist gut für Deutschland“, sagte Prälat Karl Jüsten, Leiter des Kommissariats der katholischen Bischöfe in Berlin. Als sie in der Regierungserklärung ihr „Mehr Freiheit wagen“ verkündete, kam aus gleicher Richtung schon Kritik. Der Freiheitsbegriff sei zu vage, in der Rede fehle es an ethischen Maßstäben. Dabei hatte Merkel darauf hingewiesen, jeder müsse seine religiösen Wurzeln kennen, um in den Dialog mit anderen treten zu können.

Das Religiöse in der Politik ist in Deutschland institutionalisiert und mit Positionen und Programmen verknüpft. Es geht um Lebensschutz und soziale Gerechtigkeit, um ethisches Handeln in der Forschung und eine gerechte Politik gegenüber den Armen und Schwachen weltweit. Um ein religiöses Bekenntnis geht es zunächst nicht. Die Kirchen können keine Frömmigkeit verlangen, aber sehr wohl inhaltlich für bestimmte Werte und Überzeugungen kämpfen. Und doch wird so die Religion zum Machtfaktor. Helmut Kohl hat das verkörpert, auch Gerhard Schröder wusste das und hat tunlichst Provokationen vermieden. Vielmehr hat er in besonderer Weise Wert auf gute Beziehungen zu den Kirchen gelegt, um

sich nicht angreifbar zu machen. Das gilt zunächst für Merkel gleichermaßen.

Als Angela Merkel Anfang der 1990er Jahre in die bundesdeutsche Politik eintritt, lernt sie das komplizierte Geflecht kennen. Sie hat ihre ganz speziellen Erfahrungen im Verhältnis von Kirche und Politik, von Glauben und Öffentlichkeit. In den Jahren vor der Wende bot die evangelische Kirche oppositionellen Gruppen Unterschlupf, dadurch wurde ihr Erstarken möglich. Doch in den verschiedenen Friedenskreisen stand der persönliche Glaube nicht im Mittelpunkt. Sie fremdelte – wie beschrieben – immer wieder mit diesen Zirkeln. „Zu theoretisch sei es ihr da oft zugegangen, zu viel Gerede“, sagt ein Weggefährte. Sie habe das Gefühl gehabt, in diesen Nischen spiele nicht wirklich die Musik, zu selbstgefällig und unbedeutend und unwichtig seien diese evangelischen Tee-Runden in Berliner Hinterhäusern gewesen. Dann habe sie doch lieber Kulturabende für die FDJ organisiert, das sei zwar ein Drahtseilakt gewesen, aber immerhin das. Angela Merkel war auch schon in der DDR zu sehr Tat-Mensch, als das sie sich mit der Kirchen-Ecke abfinden wollte. Sie konnte ja nicht ahnen, dass die friedliche Revolution tatsächlich glückte.

Ähnlich geht es ihr mit den kirchlichen Kreisen in der Politik (West) dann auch. Es ist wohl wie mit der Jungen Union, den CDU-Frauen, dem innerparteilichen Verbandswesen, das für die Partei wichtig ist, aber für eine Zugezogene doch auch befremdlich wirkt, in gewissem Maße auch hermetisch. Angela Merkel steigt in die Partei ja von oben ein, von ganz oben. Sie wird 1990 Ministerin, 1991 stellvertretende Parteivorsitzende. Ihr machtpolitisches Problem ist, dass sie keine sogenannte Hausmacht hat. Das heißt, sie kommt nicht aus einem Landesverband, der sie stützt, wenn es mal brenzlig wird. Keine Gruppierung oder Fraktion in der Partei sagt von sich aus, das ist „unsere“. Als sie in der Union anfängt, hat sie vor allem Helmut Kohl hinter sich. Das reicht auf die Dauer nicht. Und

das weiß sie, obwohl der Spendenskandal noch nicht in Sicht ist. Sie scheidet 1991 mit dem Versuch, Landesvorsitzende von Brandenburg zu werden. Daraus hat sie viel gelernt. Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) in der CDU ist gewiss nicht so bedeutend wie ein Landesverband, doch er ist eine anerkannte Größe. 1992 übernimmt sie den Vorsitz dieser Gruppierung. Damit gibt sie das deutliche Signal, sich als politische Protestantin einordnen lassen zu wollen. Doch schon nach einem Jahr bittet sie darum, von der Aufgabe entbunden zu werden. „Zu abgehoben“ sei ihr das, soll sie bilanziert haben, berichtet ein damaliger Vertrauter. Der konkrete Anlass für den Rückzug war die Übernahme einer tatsächlichen Hausmacht. Sie wird Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern. Das reiche ihr an Arbeit, begründet sie den Rückzug beim EAK in einem Interview. Sie bleibt der parteiinternen Gruppierung verbunden, hält Festreden und lobt die Arbeit. Aber weiterhin fremdelt sie mit dem politisch organisierten Protestantismus. Etwas von dieser Distanz wird in einem Absatz deutlich, der sich in ihrer Rede zum 40-jährigen Bestehen des EAK aus dem Jahre 2003 findet:

„Ich gehöre nicht zu denen, die sicher zu glauben wissen, was ‚christliche Politik‘ ist. Mein Glaube kann mir Orientierung geben. Er offenbart mir die christliche Botschaft vom Sinn des Lebens und gibt mir dadurch Hoffnung und Ermutigung. Er gibt mir aber auch den Zweifel an mir selbst und die Demut vor Gott. Ich wünsche mir deshalb eine starke evangelische Kirche, die die Handelnden in ihrem Gewissen vor Gott und den Menschen kräftigt, die ihnen hilft, Entscheidungen zu finden.“⁴⁵

Das öffentliche Bekenntnis, die Kirchen, ihre Positionen und die eigene politische Überzeugung, das ist ungefähr das Bermuda-Dreieck, in das sich ein christlicher Politiker begibt, wenn er sich als solcher bezeichnet und angesehen werden will. Für katholische Christen ergibt sich daraus noch einmal

eine besonders schwierige Lage, da es mit dem Papst eine lehramtliche Autorität gibt, die in bestimmten Fragen ganz genau weiß, was richtig und falsch ist – auch in der Politik. Als evangelischer Christ ist die Lage anders, dort herrscht eine Pluralität an Meinungen. Nur als Protestant in der CDU gibt es Probleme, denn diese evangelische Sicht fällt in der katholisch geprägten Union manchmal hinten über. Aus dieser Lage heraus hat sich der EAK gegründet. Doch für Angela Merkel sind derlei alt-bundesrepublikanische Stellungskriege überholt.

Wie geht Kirche mit der Politik um, wie verhalten sich Politiker zu ihren Kirchen? Und was hat das alles mit dem Glauben zu tun. Das sind die Fragen, die wohl einer Neubestimmung harren. Und die Angela Merkel auf jeden Fall anders beantwortet, als es ehemals üblich war. Mit starkem Glauben – und „in lutherischer Tradition mit gewisser Autoritätskritik“⁴⁶, so hat sie es selbst beschrieben, so möchte sie es gerne sehen. Am 18. Januar 1991 wird Angela Merkel als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt. Noch ein Jahr zuvor war sie nicht mal Pressesprecherin, gerade mal „Mädchen für alles“ im Büro des Demokratischen Aufbruchs in Ost-Berlin. Die friedliche Revolution hat Lebenswege möglich gemacht, die schwindelerregend sind. Bekannte und Wegbegleiter hätten sie eher bei den Grünen oder den Sozialdemokraten gesehen. Ihr Outfit mit Wickelrock und Jesuslatschen hätten das noch bis zur Wiedervereinigung nahegelegt, lästert ein ehemaliger Förderer. Merkel wurde stellvertretende Pressesprecherin der Regierung von Lothar de Maizière. Der DA konnte noch als bürgerbewegtes Feigenblatt der „Allianz für Deutschland“ und damit der neuen gesamtdeutschen CDU gelten, die sich ja mit der Ost-CDU vereinigt hatte und dadurch bis heute mit der Geschichte der sogenannte Blockflöten zu kämpfen hat. Die Ost-CDU war auch unter dem SED-Regime zugelassen, um in der Diktatur ein wenig Demokratie zum Schein vorzuspie-

len. Innerhalb der sogenannten Nationalen Front war die Ost-CDU politisch gleichgeschaltet. Es gab nur wenige Nischen und Privilegien, die Mitglieder der Schein-Partei besaßen. In der Volkskammer stimmten sie nahezu ausschließlich mit der SED. Angela Merkel kam vom DA und war auch deswegen de Maizière später auch Helmut Kohl eine willkommene Auflockerung in der sonst von „Blockflöten“ beherrschten Szene. Doch politische Positionen zu den vielfältigen Fragen der deutschen Politik brachte Angela Merkel 1990 nicht unbedingt mit. Sie hatte das westdeutsche Geschehen am Fernsehen verfolgt. Vielen Westdeutschen war nicht klar, dass die Ostdeutschen durch das Westfernsehen jenseits der Mauer nahezu genauso, wenn nicht besser, über den Westen informiert waren wie sie selbst. Eine gewisse Skepsis gegenüber Helmut Kohl habe sie zu DDR-Zeiten gehabt, gibt Merkel später zu. Sie führe das auch auf die mediale Vermittlung des oft bespotteten Kanzlers zurück. Bestimmt kam sie nicht schon als ausgemachte Konservative zur Union, gewiss auch noch nicht als erklärte christliche Politikerin. Nach der Selbstauflösung der DDR am 3. Oktober 1990 verlor sie ihren Job als Regierungssprecherin und wurde zunächst Mitarbeiterin des Bundespressesamtes. Im Wahlkreis Rügen bewarb sie sich bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 um ein Mandat und erlangte erstaunliche 48,5 Prozent. Der direkt gewonnene Wahlkreis ist bis heute ihre stabilste Machtbasis. Angela Merkel, noch ein Jahr zuvor 36-jährige, leicht frustrierte, geschiedene Physikerin ohne Perspektive, jetzt Abgeordnete des ersten gesamtdeutschen Parlaments in Bonn. Einen Monat später regiert sie auch noch das Land mit, am Kabinetttisch Kohls. Anfangs habe sie sich gar nicht im Fernsehen anschauen können, sie habe immer lachen müssen, wie sich neben den wichtigen Menschen gesehen habe, vertraut sie 1991 Herlinde Koelbl an. Sie wird als das „Mädchen“ von Kohl geschmäht, als Quoten-

frau und Ossi-Dummerchen abgestempelt. Wie sehr sie unter dem schnellen Abstempeln durch die Journalisten gelitten hat, berichtet sie später. Gewiss war ihr Gewicht im Bonner Zirkus noch nicht groß im ersten Jahr, gewiss war sie auch noch sehr unerfahren. Und doch: Im Nachhinein müssen ihre Ministerjahre als ahnungsvolle Vorboten ihrer künftigen Karriere gelesen werden. Als Frauen- und Jugendministerin bearbeitete sie Familienthemen, die heute wieder ihre eigene



Förderer und Vorgänger: Bundeskanzler Helmut Kohl hat Angela Merkel 1991 zur Ministerin gemacht. Später hat sie als eine der Ersten deutliche Kritik an dem CDU-Übervater geübt. Heute ist sie seine Nachfolgerin als CDU-Chefin und Kanzlerin. Im Juni 2006 sprechen beide kurz im Bundestag miteinander.

Kanzlerschaft prägen. Und die Abtreibungsfrage, die sie gleich im ersten Jahr schon berührt, kann als ein Auftakt gesehen werden in den Debatten über den Schutz des Lebens am Anfang und Ende, in der Forschungspolitik und der Fortpflan-

zungsmethoden. Diskussionen um Gentechnik und Sterbehilfe haben die Jahre bestimmt. Bis hin zu der Debatte um die embryonale Stammzellforschung, in die die heutige Kanzlerin an jenem Dezemberabend 2007 beim Parteitag in Hannover eingegriffen hat, mit kräftigerer Stimme, als es damals die Jugendministerin in der Paragraph-218-Debatte getan hat, aber doch vielleicht mit der gleichen abwägenden Art.

Das Feuerwerk, das Ursula von der Leyen in der Familienpolitik nach der Regierungsübernahme der großen Koalition 2005 zündete, bedeutete für Teile der katholischen Kirche und auch in der Union noch einen Kulturschock. Schon die Einführung des Elterngeldes rührte am klassischen Familienbild. Außerdem brach es mit dem Diktum, Familienpolitik sei Sozialpolitik. Das neue Instrument begünstigt Besserverdienende, um diese zur Entscheidung zu Kindern zu animieren. Unter anderem Familienbischof Kardinal Georg Sterzinsky empfand das als ein großes Ärgernis. Beim Ausbau der Krippenbetreuung brach der Konflikt mit aller Härte und Polemik los. Dafür steht unter anderem der Ausdruck „Gebärmaschinen“ von Bischof Walter Mixa, der beklagt, die Frauen würden ihrer Mutterrolle beraubt, wenn sie in den Arbeitsmarkt gedrängt würden. Für Angela Merkel war das Thema Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht neu. Bereits in der Diskussion um den Abtreibungsparagraphen Anfang der 1990er Jahre hat sie als Bundesministerin für einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gekämpft. „Besonders wichtig für mich als Jugendministerin ist natürlich der Ausbau der Kindergartenbetreuung“, sagt sie am 26. September 1991 im Parlament. Die Kohl-Regierung beschließt schließlich den Rechtsanspruch für Kinder ab drei Jahren.

Dass das noch nicht ausreichte, sagte Merkel schon damals. Sie sorgte dann dafür, dass sich die Programmatik der CDU Anfang des Jahrtausends familienpolitisch klar veränderte. Für die katholische Kirche ist es vor allem die Schwächung des

Instituts der Ehe, die es zu kritisieren gilt. Die sozialdemokratische Formel „Familie ist da, wo Kinder sind“ wird zwar von Angela Merkel nicht eins zu eins übernommen. Es heißt in der Union im Grundsatzprogramm von 2007 jetzt: „Familie ist, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen.“ Doch scheint einigen das eine windelweiche Formulierung, die mehr oder weniger alles zulässt. Auf jeden Fall ist von Ehe nicht mehr die Rede. Die Ehe aber ist grundgesetzlich geschützt, deswegen beteuert auch die Union ihren Wert. Aber in der Stoßrichtung hat Merkel die Union eben auch auf Kinder ausgerichtet. Das sogenannte Familiensplitting im Steuerrecht wird gefordert, dabei wird dann, aus verfassungsrechtlichen Gründen, ein Abstand zum Ehegattensplitting erhalten bleiben. Dass die Ehe aber auch ohne Kinder einen Wert an sich darstellt, diese Vorstellung ist in der Gesellschaft nicht mehr ganz so stark verbreitet, in der Union nicht, und Merkel vertritt sie auch nicht offensiv.

Die inhaltliche Neuaufstellung der Union, sagen einige, würde ihr den „Markenkern“ rauben. Zumindest in einem Politikfeld ändert Merkel die bisherige Positionierung in eine Richtung, die kirchlichen Forderungen entgegenkommt. Die Union versöhnt sich mit der Situation der Zuwanderung in Deutschland. Die große Koalition unter Merkels Führung setzt mit dem Integrationsgipfel und der Islamkonferenz deutliche Zeichen in Richtung eines anderen Umgangs mit Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ist dabei die Schlüsselfigur. Er, der konservativ-protestantische Kopf, befürwortet den Bau von Moscheen, erklärt, der Islam in Deutschland sei eine Realität, mit der auch die Deutschen sich anfreunden müssten. Gleichzeitig gibt es beim Nachzug von Familienangehörigen, bei Sprachanforderungen und bei der Einbürgerung strikte Regeln, die etwa bei den Grünen oder bei türkischen Verbänden für Protest sorgen. Insgesamt hat Angela Merkel aber

einem klassischen konservativen Streitthema die Spitze genommen. Selbst im Hessen-Wahlkampf 2008, als Roland Koch das Thema „kriminelle Ausländer“ benutzen will, schlägt die Polemik kaum mehr auf die Bundesebene durch. Insgesamt hat Merkel auch in Bezug auf Rechtsradikalismus und Vergangenheitsbewältigung eine strikte Linie gezogen. Das hat der Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann gespürt, als er nach einer umstrittenen Äußerung aus Fraktion und Partei ausgeschlossen wurde. Einige meinten damals, Merkel habe übereilt gehandelt. Auch Ministerpräsident Günther Oettinger wurde von seiner Bundesvorsitzenden gemäßregelt, als er 2007 bei der Beerdigung von Ex-Ministerpräsident Hans Filbinger dessen NS-Vergangenheit relativierte.

Die Sonne der Gerechtigkeit

2004 hatte die CDU/CSU die Arbeitsmarkt-Reformen der Schröder-Regierung weitgehend mitgetragen. Unter Protest auch aus den eigenen Reihen gab es schon eine Art große Koalition vor der Großen Koalition, in der unter anderem die Hartz-Reformen beschlossen wurden. In der Folge erlebte Deutschland massive Proteste, Demonstrationen, nicht zuletzt eine Stärkung der PDS/Linken und massive Wahlniederlagen sowie Mitgliederschwund für die SPD. In dieser Situation sagte Angela Merkel 2004 bei der Bundestagung des EAK, dass sie „sehr enttäuscht“ sei über Bischof Wolfgang Huber, den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland. Sie selbst hatte noch sein Buch „Vor Gott und den Menschen“ vorgestellt und damit eine Art Schulterschluss von ihrer Kirche und der Union zur Schau gestellt. Doch jetzt maßregelt sie die Kritik an den Reformen, obwohl gleichzeitig immer

Reformen angemahnt worden seien. Sie lobt die Sozialworte der Kirchen von evangelischer und auch von katholischer Seite, die für Veränderungen im Sozialsystem geworben hatten. Wenn jetzt kritisiert würde, die Maßnahmen seien nicht zumutbar, müssten auch Alternativen aufgezeigt werden. „Es hat keinen Sinn, sich im Allgemeinen aufzuhalten, denn die Menschen haben ein feines Gespür dafür, ob auch die Kraft besteht, im Konkreten etwas durchzusetzen.“⁴⁷

Die soziale Frage war immer ein Konfliktpunkt zwischen den Kirchen und der Union. Da macht die Merkel-Zeit keine Ausnahme. Doch durch den Reformdruck Anfang des neuen Jahrtausends kam Bewegung in den alten Stellungskrieg von Wirtschaftsfreundlichkeit und sozialem Ausgleich. Das umfangliche Sozialpapier der Kirchen von 1997 hatte noch zu Kohls Zeiten für Aufsehen gesorgt, da es eine massive soziale Schieflage brandmarkte. Es war durch einen ausführlichen Konsultationsprozess mit den Mitgliedern zustande gekommen und hatte dadurch eine hohe Akzeptanz. Möglicherweise hatte es zur Abwahl Kohls 1998 mit beigetragen, da es die allgemeine Wechselstimmung beförderte. Die Situation war 2003 eine ganz andere. Mit dem katholischen Papier „Das Soziale neu denken“ wurde eine vorsichtige Revision klassischer Sozialpolitik eingeleitet und der Weg hin zu einer Reformpolitik geöffnet. So war etwa das Prinzip „Fördern und Fordern“, das sich später in den Arbeitsmarkt-reformen wiederfindet, dort schon angelegt. Auch die Idee der Eigenverantwortung wurde betont. Doch dieses Positionspapier, das wesentlich von Bischof Reinhard Marx mitgeschrieben wurde, fand noch nicht mal innerhalb der Bischofskonferenz eine Mehrheit. Es gab massive Kritik von Teilen der Kirche an dem Kurs von Kardinal Karl Lehmann, der die Reformpolitik Schröders vorsichtig unterstützte. „Hartz IV habe zu einem Prozess der Verarmung und Entwürdigung geführt“, wettete etwa der katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach.